

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den Dien
u. den Monat und auf den
Zien Monat besonders an-
genommen; im Rgr. Sachsen
u. Prsgitz, Sachf.-Mtenburg
auch auf den Iten Monat des
Quartals à 6 1/2 Sgr.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Filial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Haß,
8. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Rgr., — Privat- und Begrüßungs-Anzeigen mit 2/3 Rgr. die dreispaltige Feilt-Zeile berechnet.

Nr. 130. Freitag, 6. November. 1874.

Enthüllungen über den Kommunisten-Prozess zu Köln.

Von Karl Marx.

1853.

(Unveränderter Abdruck.)

(Fortsetzung.)

Die Ansprache der Londoner Centralbehörde vom Juni 1850 bewies, daß vor der Spaltung der Centralbehörde die Gemeinde in Paris aufgelöst war. Sechs im Archiv Diez befindliche Briefe bewiesen, daß nach der Verlegung der Centralbehörde nach Köln die Gemeinden zu Paris von dem Emissär der Willich-Schapper'schen Partei, von A. Meyer, neu gestiftet waren. Die in demselben Archiv befindlichen Briefe des leitenden Kreises Paris bewiesen, daß er in feindlichem Gegensatz zur Kölner Centralbehörde stand. Der französische Anklageact endlich bewies, daß alles, was gegen Cherval und Genossen incriminirt wurde, erst im Jahre 1851 vorfiel. Saedt (Sitzung vom 8. November) sieht sich daher trotz der Stieber'schen Enthüllungen auf die klare Vermuthung angewiesen, daß es doch möglich sei, daß die Partei Marx zu irgend einer Zeit in irgend ein Complot zu Paris irgendwo einmal verwickelt gewesen, daß man aber von dieser Zeit und diesem Complot weiter nichts wisse, als eben, daß Saedt in obrigkeitlichem Auftrag sie für möglich hält. Man urtheile vom Stumpfsinn der deutschen Presse, die von Saedt's Scharfsinn fabulirt!

De longue main suchte die preussische Polizei dem Publikum Marx und durch Marx die Kölner Angeklagten als in das deutsch-französische Complot verwickelt darzustellen. Der Polizeispion Beckmann schickte während der Verhandlungen des Cherval'schen Processes folgende Notiz d. d. Paris 25. Februar 1852 an die „Kölnische Zeitung“: „Mehrere Angeklagte sind schuldig, darunter ein gewisser A. Meyer, der als Agent von Marx u. Co. dargestellt wird.“ Die „Kölnische Zeitung“ brachte darauf eine Erklärung von Marx, daß A. Meyer einer der intimsten Freunde des Herrn Schapper und des ehemaligen preussischen Lieutenant's Willich sei, ihm selbst aber gänzlich fern stehe.“ Jetzt in seiner Ausfage vom 18. October 1852 erklärt Stieber selbst: „Die am 15. September 1850 in London von der Marx'schen Partei ausgeschlossenen Mitglieder der Centralbehörde sandten A. Meyer nach Frankfurt u.“ und theilt sogar die Correspondenz des A. Meyer mit Schapper-Willich mit.

Ein Mitglied der Partei Marx, Conrad Schramm, wurde bei Gelegenheit der Fremdenverfolgungen zu Paris im Monat September nebst 59—60 andern anwesenden Gästen in einem Kaffeehaus verhaftet und während beinahe 2 Monaten unter der Anklage festgehalten, Theilnehmer des von dem Irlander Cherval geleiteten Complots zu sein. Am 16. October erhielt er im Depot der Polizei-Präfectur den Besuch eines Deutschen, der ihn folgendermaßen anredete: „Ich bin preussischer Staatsbeamter, Sie wissen, daß in allen Theilen Deutschlands, namentlich in Köln zahlreiche Verhaftungen in Folge der Entdeckung einer kommunistischen Gesellschaft vorgenommen worden sind. Eine Namens-erwähnung in einem Briefe reicht hin, um die Verhaftung der betreffenden Person zu veranlassen. Die Regierung befindet sich einigermassen in Verlegenheit durch die Menge von Verhafteten, von denen sie nicht weiß, ob sie etwas mit der Sache zu thun haben oder nicht. Wir wissen, daß Sie in dem Complot franco-allemand nicht theilhaftig sind, dagegen mit Marx und Engels genau bekannt und ohne Zweifel über alle Einzelheiten der deutschen kommunistischen Verbindung unterrichtet sind. Sie würden uns sehr verbunden sein, wenn Sie uns die erforderliche Auskunft darüber geben könnten, und die Personen näher bezeichnen wollten, die schuldig oder unschuldig sind. Sie können dadurch zur Befreiung einer großen Menge Leute beitragen. Wenn Sie wollen, so können wir über die Erklärung einen Act aufnehmen. Sie haben durch eine solche Erklärung nichts zu fürchten“ u. c. Schramm wies natürlich diesem sanften preussischen Staatsbeamten die Thüre, protestirte gegen dergleichen Besuche beim französischen Ministerium und wurde Ende October aus Frankreich ausgewiesen.

Daß Schramm der „Partei Marx“ angehörte, wußte die preussische Polizei aus der bei Diez gefundenen Austrittserklärung. Daß die „Partei Marx“ mit dem Complot Cherval nicht zusammenhänge, räumte sie selber dem Schramm ein. War eine Verbindung der „Partei Marx“ mit dem Complot Cherval nachzuweisen, so konnte es nicht in Köln geschehen, sondern nur in Paris, wo gleichzeitig mit Cherval ein Mitglied dieser Partei gefangen saß. Aber die preussische Regierung fürchtete nichts mehr als eine Contamination zwischen Cherval und Schramm, die den ganzen Erfolg, den sie sich gegen die Kölner Angeklagten von dem Pariser Proceß versprach, im Voraus vereiteln mußte. In der Freilassung des Schramm fällt der französische Untersuchungsrichter das Urtheil, daß der Kölner Proceß mit dem Pariser Complot in keinem Zusammenhang stehe.

Stieber macht einen letzten Versuch: „In Betreff des oben erwähnten Chefs der französischen Communisten Cherval hat man sich lange vergeblich bemüht zu ermitteln, wer dieser Cherval eigentlich sei. Endlich hat sich durch eine vertrauliche Aeußerung, die Marx selbst einem Polizeiamtente machte, ergeben, daß er ein Mensch war, der 1845 aus dem Gefängnis zu Aachen, wo er wegen Wechselfälschung saß, entwichen ist, und den Marx 1848 während der damaligen Unruhen in den Bund aufgenommen hat, von wo er nach Paris als Emissär gegangen.“

So wenig wie Marx dem spiritus familiaris, dem Polizeiamtente Stieber's mittheilen konnte, er habe den Cherval 1848 in Köln in den Bund aufgenommen, worin Schapper ihn schon

1846 zu London aufnahm, oder er habe ihn in London wohnen und zugleich in Paris Propaganda hausiren lassen, ebenso wenig konnte er die Notiz, Cherval habe 1845 in Aachen gefessen und Wechsel gefälscht, die er eben erst durch die Ausfage des Stieber erfuhr, dem alter ego Stieber's, dem Polizeiamtente als solchem schon vor der Ausfage Stieber's mitgetheilt haben. Dergleichen hässlichen proteron sind bloß einem Stieber erlaubt. Die antike Welt hinterließ ihren sterbenden Fechter, der preussische Staat hinterläßt seinen schwörenden Stieber.

Also lange, lange hatte man sich vergeblich bemüht zu ermitteln, wer Cherval eigentlich sei? Abends den 2. September kam Stieber nach Paris. Am Abend des 4. wurde Cherval verhaftet, am Abend des 5. wurde er aus seiner Zelle in einen spärlich erleuchteten Saal geführt. Stieber war da, aber neben Stieber war noch ein französischer Polizeibeamter da, ein Emissär, der das Deutsche gebrochen spricht aber ganz versteht, ein Polizeibeamter, der eben angenehm fand. In Gegenwart also dieses französischen Beamten hatte folgendes Gespräch statt: Stieber zu deutsch: „Hören Sie mal, Herr Cherval, mit dem französischen Namen und mit dem irländischen Paß wissen wir recht gut, was es zu bedeuten hat. Wir kennen Sie, Sie sind Rhein-Preuze, Sie heißen R. und es kommt bloß auf Sie an, sich von den Folgen zu befreien und zwar dadurch, daß Sie uns ein ganz offenes Geständniß machen“ u. c. Cherval leugnete. Stieber: „Die und die Personen, die Wechsel gefälscht, und aus preussischen Gefängnissen entsprungen sind, wurden von den französischen Behörden nach Preußen angeliefert, und ich sage Ihnen deswegen nochmals, beunnen Sie sich, es handelt sich hier um 12 Jahre Zellengefängniß.“ Der französische Polizeibeamte: „Wir wollen dem Mann Zeit lassen, er soll sich in seiner Zelle bedenken.“ Cherval wurde in seine Zelle zurückgeführt.

Stieber durfte natürlich nicht mit der Thür ins Haus fallen, er durfte dem Publikum nicht gesehen, daß er dem Cherval mit dem Gespenst der Auslieferungen und des 12jährigen Zellengefängnisses falsche Ausfagen zu expressen suchte.

Stieber hatte indess noch immer nicht ermittelt, wer Cherval eigentlich ist. Er nennt ihn vor den Geschwornen immer noch Cherval und nicht R. Noch mehr. Er weiß auch nicht, wo Cherval sich eigentlich aufhält. In der Sitzung vom 23. October läßt er ihn noch in Paris sitzen. In der Sitzung vom 27. October, gedrängt durch die Frage des Advocaten Schneider II.: „ob der mehr genannte Cherval sich nicht gegenwärtig in London aufhalte?“ antwortet Stieber: „Er könne darüber keine Auskunft geben und nur das Gerücht mittheilen, daß Cherval in Paris entsprungen sei.“

Die preussische Regierung erlag ihrem gewöhnlichen Schicksal, dupirt zu werden. Die französische Regierung hatte ihr erlaubt, die Kasernen des deutsch-französischen Complots aus dem Feuer zu holen, man erlaube ihr nicht, sie zu essen. Cherval hatte sich das Wohlwollen der französischen Regierung zu erwerben gewünscht und sie ließ ihn einige Tage nach Beendigung der Pariser Affen-verhandlungen mit Sipperich nach London entziehen. Die preussische Regierung glaubte sich ein Werkzeug für den Kölner Proceß in Cherval erworben zu haben, sie hatte nur der französischen Regierung einen Agenten mehr geworden.

Einen Tag vor Cherval's Scheinflucht erschien bei ihm ein preussischer saquin in schwarzem Frack, Manchetten, schwarzem, struppigem Schnurrbart, kurz geschmittenen und dünnen grünen Haaren, mit einem Wort, ein ganz hübscher Junge, der ihm später als Polizei-Lieutenant Greif bezeichnet wurde und sich hinterher auch als Greif präsintirte. Greif hatte Zutritt zu ihm erhalten durch eine Eintrittskarte, die er direct vom Polizei-Minister mit Umgehung des Polizei-Präfecten empfing. Es stuppelte den Polizei-Minister, die lieben Preußen anzuführen.

Greif: „Ich bin preussischer Beamter, hierher geschickt, um mit Ihnen in Unterhandlungen zu treten, Sie werden hier nie herauskommen, außer“ durch uns. Ich mache Ihnen einen Vorschlag. Verlangen Sie in einer Eingabe an die französische Regierung, deren Einwilligung im Voraus zugesagt ist, nach Preußen angeliefert zu werden, denn wir brauchen Sie dort als Zeugen zu Köln. Nachdem Sie Ihre Schuldigkeit gethan und die Sache vorbei ist, werden wir Sie auf Ehrenwort in Freiheit setzen.“

Cherval: „Ich komme auch ohne Sie heraus.“

Greif mit Bestimmtheit: „Das ist unmöglich.“ Greif ließ auch den Sipperich herunter kommen und machte ihm den Vorschlag, für 5 Tage als kommunistischer Emissär nach Hannover zu gehen. Auch ohne Erfolg. Den nächsten Tag waren Cherval und Sipperich entflohen. Die französischen Behörden schmunzelten, die Unglücksdepesche ging nach Berlin und noch am 23. October schwört Stieber, daß Cherval in Berlin sitzt und noch am 27. October kann er keine Auskunft geben und weiß nur gerüchlicherweise, daß Cherval „in Paris“ entsprungen ist. Unterdessen hatte der Polizei-Lieutenant Greif den Cherval während der Kölner Verhandlungen dreimal in London besucht, unter Andern, um die Adresse des Netze in Paris zu erfahren, von dem man eine Zeugenaussage gegen die Kölner erkaufen zu können glaubte. Der Coup mißlang.

Stieber hatte Gründe, sein Verhältnis mit Cherval im Dunkeln zu lassen. R. . . . blieb daher immer Cherval, der Preuze blieb Irlander und Stieber weiß noch heute nicht, wo sich Cherval eigentlich aufhält und „wer der Cherval eigentlich ist.“

In der Correspondenz des Cherval mit Sipperich besaß das Trifolium Sedendorf-Saedt-Stieber endlich was es wünschte:

„Schinderhannes, Karlo Moor
Nahm ich mir als Muster vor.“

Der Brief Cherval's an Sipperich, damit er sich ja recht tief der trägen Hirnmaterie der 300 meist Besteuernten, die das Geschworenengericht repräsentirt, einbläue, hatte die Ehre, dreimal verlesen zu werden. Jeder Kenner erkannte sofort hinter diesem harmlosen Zigeunerpathos den Schalksnarren, der sich und andern fürchterlich vorzukommen sucht.

Cherval und Genossen hatten ferner die allgemeinen Erwartungen der Demokratie von den Wunderwirkungen des 2. Mai 1852 getheilt und beschlossen, am 2. Mai mitzurevolutioniren. Schmidt-Fleury hatte beigetragen, dieser fixen Idee die Form eines Plans zu geben. So versetzten Cherval u. Co. der juristischen Kategorie des Complots. So war an ihnen der Beweis geliefert, daß das Complot, welches die Kölner Angeklagten nicht gegen die preussische Regierung verübt hatten, doch jedenfalls von der Partei Cherval gegen Frankreich verübt worden sei.

Durch Schmidt-Fleury hatte die preussische Regierung einen Scheinzusammenhang zwischen dem Pariser Complot und den Kölner Angeklagten zu fabriciren gesucht, den sie durch Stieber beschwören ließ. Stieber-Greif-Fleury, diese Dreieinigkeit spielt die Hauptrolle im Complot Cherval, wir werden sie später wieder am Werk finden.

Resümiren wir:

A ist Republikaner, B nennt sich auch Republikaner. A und B sind verfeindet. B baut im Auftrage der Polizei eine Höllemaschine. A wird darauf vor Gericht gestellt. Wenn B die Höllemaschine gebaut hat und nicht A, so liegt die Schuld daran, daß A mit B verfeindet ist. Um den A zu überführen, wird B als Zeuge gegen ihn aufgerufen. Das war der Humor des Complots Cherval.

Man begreift, daß diese Logik vor dem Publikum durchfiel. Die „that-sächlich“ Enthüllungen Stieber's verschwammen in unberechenbarem Dunst, es blieb bei der Klage des Anklageactes, daß „kein objectiver Thatbestand vorliegt.“ Neue Polizeiwunder waren nöthig geworden.

(Frtf. folgt.)
Fremdwörter-Erklärung: de longue main, langer Hand; Complot franco-allemand, französisch-deutsches Complot; spiritus familiaris, dienstbarer Geist; alter ego, das zweite Ich; hässlichen proteron, das Hinterste zudörberst, Verstoß gegen Zeitfolge; dupiren, zum Narren halten, foppen; saquin, Handlanger, Bummler; Trifolium, Kleeblatt; resümiren, zusammenfassen.

Die Religion der Sozialdemokratie.

Fünfte Rede von J. Diehgen.

Nicht nur die Last am Lehramt und an dem erhabenen Kanzelstandpunkt veranlaßt mich zur Fortsetzung dieser Sermones, sondern auch die Beistimmung der werthen Zuhörer. Zwar tabeln viele, meine Vorträge seien zu „gelehrt“, zu wenig populär. Diese bitte ich zu bedenken, daß nur oft Gefagtes und viel Gehörtes leicht verständlich ist. Das Populäre bewegt sich in ausgefahrenem Geleise. Die Sozialdemokratie aber hat eine neue Lehre, welche sich auf Prinzipien gründet, die allgemein verkannt sind, die eine totale Umkehr der bisherigen Denkweise fordern, folglich ohne Anstrengung nicht verständlich sind.

Die Religion, werthe Parteigenossen, ist primitive Weltweisheit. Sozialdemokratie ist im Gegenheil das annoch wachsende, werdende Produkt einer unerhört alten Kulturentwicklung. Wir handeln also korrekt, sind in unserm Element, wenn an die Stelle der religiösen oder primitiven wie die historisch gewachsene, die Weltweisheit glattweg setzen, und bleiben also bei der Sache, wo auch in diesen Stunden der Andacht von religionslosen weltlichen Dingen die Rede ist. Weltweisheit nenne ich die Religion, weil letztere nicht nur Anspruch macht, mittels mächtiger Götter, durch Beten und Flehen vom irdischen Jammer, von den Widerwärtigkeiten der Natur und des Lebens zu erlösen, sondern zugleich auch unserm Denken einen systematischen Halt geben will. Die universelle Bedeutung der Religion für uncultivirte Völker gründet sich auf das universelle Bedürfnis nach systematischer Weltweisheit. Wie wir allgemein das praktische Bedürfnis haben, Herrschaft über die Dinge der Welt zu erlangen, so allgemein ist unser theoretisches Bedürfnis, sie systematisch zu übersehauen. Wir wollen von allem Anfang und Ende. Dem wüsten Geschrei von der all-gemeinen, unvergänglichen, unvermeidlichen Religion liegt etwas Berechtigtes zu Grunde. Das platte Absprechen wäre russischer Nihilismus, den man mit Fug und Recht aus der internationalen hinausgeworfen. Der bösen toposlosen Verneinung stehen wir fern. Wir verhöhn die „Kulturkämpfer“, um wahrhaft für Kultur zu kämpfen. Wir anerkennen, daß der Mensch ein geborener Systematiker ist, der zu allen Zeiten und an allen Enden einer Nicht-schnur für sein Denken und Handeln bedarf. Er will Körper und Geist, Bergängliches und Beständiges, Zeit und Ewigkeit, Schein und Wahrheit, Moral, Staat und Gesellschaft in seinem Kopf geordnet, in Reich und Glied gestellt wissen, so daß alles logische Folge hat. Der Mensch verlangt nach einem verständigen Zusammenhang in seinem Kopf, damit er einen verständigen Zusammenhang in das Leben bringen könne. Auch wir Demokraten und Bertheiliger der Pariser Kommune haben dies Bedürfnis. Knechtelische Vermittler und Faselhänse würden uns deshalb vielleicht Religion zuthellen. Wir lehnen das Wort entschieden ab. Nicht weil wir verkennen, daß in der religiösen und in der sozialdemokratischen Weltweisheit etwas Verwandtes oder Gemeinschaftliches enthalten, sondern um den Unterschied zu markiren, um nicht nur innerlich, sondern auch äußerlich, wie in der That, so im Namen, mit einer verpfaßten Sache zu brechen.

Wer das phantastische, das religiöse System der Weltklärung absetzen will, der muß doch wieder ein System, diesmal ein ra-

tionelles, an die Stelle setzen. Und das, werthe Zuhörer, vermag nur die Sozialdemokratie. Oder aber, wenn diese Sprache den Doktores der Philosophie zu anmaßend ist, will ich, weil es gerade soviel heißt, umgekehrt sagen: Unsere Sozialdemokratie ist die nothwendige Konsequenz einer religionslosen nüchternen Denkart. Sie ist eine Folge der philosophischen Wissenschaft. Die Philosophen haben mit den Priestern gerungen, um an die Stelle des unkultivierten ein kultiviertes Denksystem, an die Stelle des Glaubens die Wissenschaft zu setzen. Der Zweck ist erreicht, der Sieg ist errungen. Die kanibalische Religion des Anfangs hat sich christlich kultiviert, die Philosophie hat die Kultur fortgesetzt, und nach vielen unhaltbaren vergänglichem Systemen, endlich das unvergängliche System der Wissenschaft, das System des demokratischen Materialismus gewonnen.

Der Königlich-kaiserlich preussische Reichstrabant Treitschke erklärt die große Zuversicht der Sozialdemokraten für eine Schläue, die dem Volke imponieren soll. Er sucht uns hinter der Hede, das Sprüchwort sagt, weil er selbst dort zu lagern pflegt. Die Schweiswedler von Profession, die Prostituirten der Feder, die ihre Scham verkauft haben, vermögen natürlich die überlegende Macht der Wahrheit, vermögen die Zuversicht einer konsequenten systematischen Denkweise nicht zu begreifen. Die sozialistische Weltweisheit, von der ich hier den Parteigenossen rede, ist ein scharfzugespißtes wohlgegliedertes System. Systematische Behandlung derselben würde auf den Rath der Gehörlosen. Wie ein guter Erzähler seine Geschichte nicht mit dem Anfange beginnt und mit dem Ende schließt, so spreche ich, um die Sache dem Hörer schmackhaft zu machen, heute von diesem und morgen von jenem und bin sehr zufrieden, wenn von dem systematischen Zusammenhang soviel durchblickt, daß aufmerksame Parteigenossen denselben sich schließlich aus dem Ganzen konstruieren.

Wir nennen uns Materialisten. Wie die Religion ein genereller Name ist für manichäische Konfessionen, so ist auch der Materialismus ein definbarer Begriff. Vom Standpunkt des religiösen Himmels herabgesehen, ist alles Irdische, — und wäre es reinster Keiber — schlechte Materie, eitel Dreck und Lehm. In den verdrehten Augen der Religion ist alle Philosophie, und wäre sie platonischer Idealismus, ist alle Forschung, alles positive Wissen ein materielles Streben. In der That, Materialisten, wenn auch verkappte, sind alle Philosophen, alle suchen reale Erkenntnis, Erkenntnis leidhaftiger Wahrheit. Materialisten im schimpflichen Sinne, die nur essen und trinken und nicht über den Bauch hinaussehen, gedankenlose Flachköpfe haben in der Wissenschaft keinen Namen, bilden keine besondere Schule, pflegen überhaupt keine Theorie. Philosophische Materialisten kennzeichnen sich dadurch, daß sie die leidhaftige Welt an den Anfang, an die Spitze und die Idee oder den Geist als Folge setzen, während die Gegner nach religiöser Art die Sache vom Wort (Gott sprach und es ward), die materielle Welt von der Idee ableiten. Eine stichhaltige Begründung ihrer Sache hat bislang allerdings auch den Materialisten gefehlt. Jetzt acceptiren wir Sozialdemokraten den Namen, mit dem uns die Gegner beschimpfen möchten, nachdem wir wohl wissen, daß der verpönte zu Ehren gebracht ist. Wir dürften uns eben so süßlich auch Idealisten nennen, weil unser System auf dem Gesamt-Resultat der Philosophie fußt, auf der wissenschaftlichen Erforschung der Idee, auf der klaren Einsicht in die Natur des Geistes. Wie wenig die Gegner lapabel sind, uns zu begreifen, bezeugen denn auch die widerspruchsvollen Namen, die man uns giebt. Bald sind wir grobthätige Materialisten, die nur nach Hab und Gut ausgehen, bald, wenn von der kommunistischen Zukunft die Rede ist, werden wir unverbesserliche Idealisten genannt. In der That sind wir beides zugleich. Sinnliche, wahrhaftige Wirklichkeit ist unser Ideal, das Ideal der Sozialdemokratie ist materiell.

Das „ABC des Wissens für die Denkenden“, im „Vollstaat“ jüngst, nannte die induktive Methode „unerschütterliche Grundlage aller Wissenschaft, die nur auf Thatfachen baut.“ Anwendung dieser Methode auf alle Probleme vom Anfang bis zum Ende der Welt, also die systematische Anwendung der Induktion macht die sozialdemokratische Weltanschauung zu einem System. „Du sollst“, lautet das Gesetz, „nicht anfangen zu grübeln ohne Material, du darfst keine Sätze, Regeln, Erkenntnisse nur auf Thatfachen, auf sinnliche Wahrheit bauen. Zum Denken gehört ein gegebenes Anfang.“ Wir also fangen wohl an zu grübeln, aber grübeln nie über den Anfang. Wir wissen ein für allemal, daß alles Denken mit einem Stück der weltlichen Erscheinung, mit gegebenem Anfang anfangen muß, daß also die Frage nach dem Anfang des Anfangs eine gedankenlose Frage ist, die dem allgemeinen Denk-Gesetz widerspricht. Wer vom Anfang der Welt redet, setzt den Weltanfang in die Zeit. Da darf man fragen, was war vor der Welt. „Nichts war“, sind zwei Wörter, von denen eines das andere ausschließt. Daß jemals etwas gewesen sei, was nichts war, kann nur ein schlauer Tollpatsch sagen, der vieredrige Kreise zieht. Nichts kann nur heißen: nicht dies oder jenes. Unser System fängt mit der Wissenschaft an, daß anfangen und endigen, wenn ich so sagen darf, eine subjektive Manier des menschlichen Verstandes ist.

Und ebenso logisch wie der Anfang ist unsere Fortsetzung. Die ganze Metaphysik, welche Kant als Frage nach Gott, Freiheit und Unsterblichkeit bezeichnet, findet ihre endgültige Abfertigung in unserem System, durch die Erkenntnis, daß Verstand und Vernunft ein absolut induktives Vermögen ist. D. h. die Welt ist vollkommen begriffen, wenn wir die erfahrenen Dinge nach ihren generellen Eigenschaften in Klassen, Arten, Begriffe, Gattungen u. ordnen oder eintheilen. Es ist das eine durchaus handhabene Wahrheit, die kaum der Rede werth wäre, wenn nicht der Wunder- oder Aberglaube immer noch von der Deduktion faszelt.

Unser Denkörmögen soll zur Ermittlung der Wahrheit noch eine zweite Methode haben. Gemeine handgreifliche Wahrheit ist induktiv. Aber in der Mathematik z. B. will man eine deduktive Wissenschaft besitzen, die über alle weltliche Erfahrung hinausgeht. Indem wir wissen, daß $2 \times 2 = 4$, wissen wir auch, daß es so ist und sein wird, im Himmel auf Erden und an allen Orten. Also wissen wir von Zeiten und Räumen, die nie eines Menschen Auge gesehen, kein Ohr gehört. Daß ein Kameel zwei Büdel hat, ist eine dumme Erfahrung, aber daß $2 \times 2 = 4$, oder der Theil kleiner ist als das Ganze, soll transzendente Wahrheit, eine Deduktion aus dem Geiste sein. Man glaubt gleichsam an eine innere Stimme, die uns die Wahrheit der Mathematik, der Moral oder Sittlichkeit, das Dasein Gottes, die Unsterblichkeit der Seele, die Freiheit und andere transzendente Geschichten erschließen könnte. Daß wir dieses deduzierende Gespenst mit materialistischer Klarheit erkennen, verdanken wir der idealistischen Forschung eines Descartes, Spinoza, Leibniz, Kant, Fichte, Hegel. Die Berühmtheiten der Philosophie haben einer nach dem andern mit ihren Beiträgen die Sache soweit gefördert, daß wir Sozialdemokraten, die auf ihren Schultern stehen, die mechanische Natur aller Erkenntnis, der religiösen, der spekulativen wie der mathematischen

vollständig durchschauen. Die Darstellung, daß solch ein wissenschaftliches Resultat Parteifarbung habe, steht zwar widerspruchsvoll aus, ist indeß auch leicht verständlich — weil die Sozialdemokratie eine Partei ist, die keinen Parteistandpunkt, sondern die Allgemeinheit vertritt. Die Partei der Enterbten ist die Partei der Uninteressirten, ist die Partei der unparteiischen Wahrheit. Wir Sozialdemokraten sind zur Weltweisheit berufen, weil keine Selbstsucht uns den Kopf vernagelt.

Die transcendente Gewisheit, das Deduktive in dem Satz: $2 \times 2 = 4$, ist, wie jede andere Deduktion, ein fauler Witz. 4 und 2×2 sind nur verschiedene Ausdrücke für ein und dieselbe Sache. Jede Sache hat einen Inhalt. Kleinere Theile bilden den Inhalt eines Ganzen, Stiel und Klinge den Inhalt eines Messers, zwei Berge enthalten ein Thal und in der Zahl 4 ist 2 mal 2 enthalten. Darum also, weil mit einer Sache ganz mechanisch der Inhalt gegeben ist, darum sind wir apodiktisch sicher und transcendent überzeugt, daß $2 \text{ mal } 2$ ist 4, der Theil kleiner als das Ganze, Messer nicht ohne Stiel und Klinge, zwei Berge nicht ohne Thal sind. Wo nur Nassen der Name Wasser beigelegt ist, bedarf es keiner besonderen transcendenten Fähigkeit demnach kategorisch zu wissen, daß Wasser naß sein muß. Kein besonderes Lumen gehört zu der Einsicht, daß die Deduktion, wie jede andere gemeine Kenntniß auf dem letzten Grunde aller Dinge, auf der erfahrenen Thatsache ruht. Nachdem wir Thatsachen erforcht oder begriffen haben, sind sie um kein Haar breiter weniger Wunderdinge, wie zuvor. Da z. B. verwandelt sich harmloser Traubensaft gleichsam über Nacht in ein heraufschendes Getränk. Wie sollen wir das begreifen? Der Chemiker explizirt: „Das ist Gährung. Unter Einwirkung der Wärme und der Luft, verwandelt sich Traubenzucker in Alkohol.“ Also wird das Unerklärte erklärt, die Weinherdung als besondere Art einregistriert in die allgemeine Klasse der Gärungen. Thatsachen werden begriffen durch ihre systematische Ordnung oder Klassifizierung, nicht aber durch Auflösung in logischem Spiritus. Philosophische Mystik ist ein unverdautes Ueberbleibsel des religiösen Glaubens. Um mit beiden radikal fertig zu werden, bedarf es der Einsicht, daß die Thatsachen nicht auf logischen Gründen ruhen, sondern umgekehrt, der letzte Grund aller Logik immer nur Thatsache, Sein oder Faktum ist.

Ich muß die Parteigenossen um Entschuldigung bitten, daß ich Sie mit diesen Haarspaltereien behellige. Ich weiß, es sind nur Wenige, die sich in solche Auseinandersetzungen vertiefen mögen; aber Wenige sind gerade genug. So überflüssig es sein würde, wenn Jedermann die Bahnen der Planeten berechnen wollte, ebenso nothwendig ist es, daß Einige von uns der hohen obrigkeitlichen Professoren den Stoff bieten, an dem sie den ungewaschenen Schnabel abspült. Wir müssen unser Fundament bloßlegen, damit der Anblick des granitnen Felsen dem Unbefangenen um so frapperanter darthut, wie windig der Sand ist, auf den die Maulhelden der „bestehenden Ordnung“ ihre Widersprüche bauen. Sie raisonniren ohne System, ohne Logik oder Konsequenz. Sie stellen den Satz auf, Alles muß Ursache, Anfang und Ende haben, und beweisen ihn mit dem Glauben an eine Gottheit, die nicht anfängt, und an ein Leben, das nicht endigt. Einer der vornehmsten Paragraphen ihrer Grundrechte verheißt Freiheit der Rede und Versammlung; wo aber das Volk sich versammelt und seine Gefühle und Gedanken ausdrückt, wird ihm der Gensdarm auf den Leib gekehrt. Ist das System, Logik oder Konsequenz? Ja doch! Es ist das System der Niedertracht. Alles was sie thun und reden konzentriert sich in der logischen Idee: wir sind die Kapitalisten und wollen es ewig bleiben.

Politische Uebersicht.

— Was nicht in der Thronrede steht. Von einem Handarbeiter, der das Vertrauen in den heutigen Klassen- und Militärstaat noch nicht verloren hat, geht der „Breslauer Morgenzeitung“ nachstehende Zuschrift zu:

„Mit besonderer Neugierde wurde diesmal die „Thronrede zur Eröffnung des Reichstages“ besonders auch in Arbeiterkreisen gelesen; doch fühlten sich alle diejenigen, denen das Wohl ihrer Familie, sowie ihre eigene Zukunft am Herzen liegt, bitter enttäuscht. Von der Vorlage eines seit 1869 in Aussicht gestellten Reichsgesetzes über „Arbeiterklassenwesen“ erwähnt die Thronrede kein Wort. Wird denn die Staatsregierung die baldiger Regelung dringend bedürftigen „Arbeiterklassen-Verhältnisse“ abermals unerörtert lassen und dadurch eine große Anzahl ihrer Unterthanen auch ferner nöthigen, sich für Krankheits- und Invaliditätsfälle in sogenannten „freien“ Klassen zu versichern? Bekanntlich erklären einzelne Polizeibehörden diese Klassen für „ungefährliche“. — Nun, Pflicht der Staatsregierung ist es, die Uebertreter der Gesetze zu bestrafen, oder einem Nothstande gegenüber durch „neue Gesetze“ Abhilfe zu schaffen. Ich glaube, die möglichen Klassenverhältnisse der einzigen, staatlich anerkannten sogenannten „Zwangs“-Klassen, haben sich speziell in Breslau am vorigen Sonntag im schönsten Lichte gezeigt; eine von Magistrat und Regierung genehmigte Klassen-Einrichtung, welche bei jetzigen Lebens-Verhältnissen ihren erkrankten Mitgliedern nur 1 Tblr. 10 Sgr. pro Woche Kranken-Unterstützung zahlen kann und darf, ich sage Klassen-Einrichtungen, welche bei gleichen Beiträgen (sämmtlicher Mitglieder, die öffentliche Armenpflege in solch ungenügender Weise nur für denjenigen Theil ihrer Mitglieder in Anspruch nehmen müssen, der sich in einer öffentlichen Kranken-Anstalt verpflegen läßt, das werden wohl nach Ansicht jedes Arbeiterfreundes Einrichtungen sein, welche verdienen, dem Alterthums-Museum als Curiosität einverleibt zu werden. — Es ist meiner Ansicht nach die Freiheit im Klassenwesen ein Recht der Arbeiter, möge man endlich daran denken, allen Arbeitern dieses Recht zu gewähren. Wenn dies nicht bald geschieht, dann ihr Arbeiter, sind Massen-Versammlungen in allen Orten und Petitionen an den Reichstag dringend geboten.“

Wir glauben, die „Arbeiterkreise“, in denen von der Reichsregierung ernstliche Reformen im Interesse der Arbeiter erwartet werden, sind sehr klein und dünn gefäßt.

— Die „Schlesische Zeitung“ sagte in der Nummer vom 29. Oktober hinsichtlich des Landsturm-Gesetzes: „... Wenn aber derartige Professionen (wie die seitens der Kriegervereine beabsichtigten und auch sonst von der Regierung schon angewandten) nicht erfolgen, dann wird der Reichstag sich des Rechts einer objektiven Kritik gewiß nicht begeben.“ Mit anderen Worten: Wenn eine Profession erfolgt, so hat sich selbstverständlich der Reichstag des Rechts einer objektiven Kritik zu begeben. — Frecher ist die Pflicht, sich zu bücken, noch nicht ausgesprochen worden.

— Die Kullmanniade hat glücklich ihren unglücklichen Abschluß gefunden. Der Prozeß, der, wohl nicht ohne Absicht, gleich-

zeitig mit dem Reichstage eröffnet wurde, hat allen Versuchen, ihn zu einem politischen cause celebre aufzubauhen, hartnäckig widerstanden, und nichts Ernsthaftes zu Tage gefördert, als die 14 Jahre Zuchthaus, mit denen der verunglückte Attentäter be- gnudet worden. „Der See will kein Opfer haben.“ Hätte der Papierschöpfer einen „gemeinen Arbeiter“ getroffen, statt eines Herrn Grafen, und wäre er von einem Herrn Grafen abgefesert worden, statt von einem gemeinen Arbeiter — ob der Herr Graf wohl auch 14 Jahre Zuchthaus bekommen hätte?

— Nothstand. Aus Vera schreibt man d. d. 26. Oktbr. „Es sind jetzt über 1000 Arbeiter aus den hiesigen Fabriken entlassen; wir sehen einem traurigen Winter entgegen, wenn nicht bald Beschäftigung für die Arbeitslosen geschafft wird. Des Vernehmen nach beabsichtigt die Stadt die sofortige Inangriffnahme mehrerer bedeutenden Straßenbauten, um so einmal die Arbeitslosen zu beschäftigen und dann wieder durch billige Arbeit bedeutende Ersparungen zu machen.“

Also den Nothstand will man noch ausbeuten! Nicht charakteristisch das. Aehnliche Berichte laufen übrigens aus allen Theilen Deutschlands und Oesterreichs ein. Die Wirkungen der Geschäftskrisis sind natürlich ebenso allgemein, wie die Krisis selbst. Das Proletariat hat für die Degeu der Bourgeoisie zu büßen. Das delirant regos (die Könige rasen und die Völker werden gequält) gilt auch auf ökonomischem Gebiet und lautet da: Die Kapitalisten rasen und die Arbeiter sind die Geschlagenen.

— Der „Braunschweiger Volksfreund“ vom 31. Oktober enthält Folgendes: „Wir haben bereits vor einiger Zeit auf die vom Bundesrath anzustellenden Erhebungen über die Arbeiter-Verhältnisse aufmerksam gemacht. Heute kam auch an B. Bracke eine Verfügung der herzoglichen Polizei-Direktion zu Braunschweig, welche also lautet:

„An Herrn B. Bracke hier selbst. Vom Bundesrath des deutschen Reichs sind Erhebungen über die Art, Ausdehnung und Folgen der Beschäftigung von Frauen und jugendlichen Arbeitern in Fabriken angeordnet. Nach Maßgabe des dafür aufgestellten Programms sollen sich dieselben nicht auf solche Ermittlungen beschränken, welche allein auf amtlichem Wege zu erlangen sind, es sollen vielmehr auch die Ansichten sachkundiger Privatpersonen darüber eingezogen und der Centralstelle für die Bearbeitung des gewonnenen Materials übermittelt werden.“

Da es mir wünschenswerth erscheint, auch Ihre Ansicht über diesen Gegenstand zu vernehmen, und ich auf Ihr bereitwilliges Entgegenkommen rechnen zu dürfen glaube, so erlaube ich mir, das ergebenste Ersuchen an Sie zu richten, sich zu einer Besprechung über diesen Gegenstand im Bureau der unterzeichneten Behörde und zwar speziell in dem des Polizey-Affessors Gehbard am 31. Oktober d. J., Nachmittags halb 4 Uhr einzufinden zu wollen.

Zur vorläufigen Orientierung über den näheren Inhalt der anzustellenden Ermittlungen füge ich noch hinzu, daß dieselben sich auf die durch die Fabrikarbeit der Frauen und Kinder herbeigeführten gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, sowie auf die Abhülfe bislang etwa hervorgetretener Mißstände beziehen.

Braunschweig, 30. Oktober 1874.
Herzogliche Polizei-Direktion.
J. B.: Gehhardt.“

Die Frist von 24 Stunden zur Abgabe eines Gutachtens, wozu man wünschen ist, daß es möglichst ausführliche und unbestreitbare Thatsachen enthält, erscheint freilich als eine selbst für Denjenigen, der sich seit Jahren mit denselben beschäftigt hat, fast bemessene. Schon aus Gewissenhaftigkeit wird Herr Bracke eine Ausdehnung dieser Frist beanspruchen, und ersuchen wir daher die Arbeiter von Stadt und Land Braunschweig, möglichst schnell genaue Daten über die Frauen- und Kinderarbeit, insbesondere aber auch über den Einfluß derselben auf den Schulbesuch zu bringen. Wenn Bracke daher auch morgen Sonnabend, sein Gutachten abzieht, so wird es doch nothwendig sein, daß er dasselbe mit den einzelnen Thatsachen zu möglicher Ausführlichkeit ergänzt.

Wir ersuchen daher die Arbeiter, ihrerseits das ausführliche Material zusammenzutragen und dasselbe entweder an Bracke selbst oder an die unterzeichnete Redaktion sofort zu übermitteln.

Die Redaktion des Volksfreund.
Braunschweig ist unseres Wissens der einzige Ort in Deutschland, wo die Behörden sich in dieser Sache an einen Sozialdemokraten gewandt haben.

— Nr. 156 der „Hofer Zeitung“ enthält Folgendes:
„An unsere geehrten Leser!

Nach der plötzlichen Einberufung des Redakteurs d. Bl. sehen wir uns vorläufig außer Stande, die „Hofer Zeitung“ noch fernerhin herauszugeben. Die Anstrengungen unserer Gegner haben es endlich so weit gebracht, daß auch unsere letzte Waffe verloren gehen muß, nachdem Versammlungs- und Vereinsrecht so wie schon illusorisch geworden. Wohin wir jedoch im ganzen Deutschland blicken — überall dieselbe Erscheinung! — Auch der augenblicklich in Berlin zusammengetretene Reichstag, er wird uns Arbeitern das Kontraktbruchgesetz, das famose Landsturmgesetz und zum Ueberflus vielleicht auch noch ein Vereinsgesetz bringen.

Mögen unsere Gegner nur so fortfahren, binnen wenigen Jahren werden sie die Früchte ihrer Ausfaat genießen; noch hat in der Geschichte die Gewalt ihre endgültige Herrschaft gesichert, im Gegentheil, sie ist oftmals plötzlich zusammengebrochen. Wir sind zwar augenblicklich unterlegen, jedoch ein geschlossener Partei, wie die unsrige ist, wird es leicht sein, nach kurzer Erholung wieder den Kampfplatz zu betreten und muthig auf Neue unseren Ideen Anhänger zu verschaffen.

Während der dreimonatlichen Abwesenheit des Unterzeichneten sind alle persönlichen Angelegenheiten und Briefe für den Unterzeichneten an Herrn Fr. Bär, Mühlstraße in Hof, zu übergeben. Genossenschafts-Angelegenheiten werden von dem Commissionären Herrn Heinrich Oberländer erledigt.
Hof, den 31. Oktober 1874.
E. Pienig.“

Die Verkommenheit der deutschen Bourgeoisie zeigt sich so recht deutlich in der Stellung, welche sie dem Reichsarmee gegenüber einnimmt. Daß sie, in ihrer Angst vor dem Proletariat, sich unter den Säbel geflüchtet hat, vermag wir ihr nicht — das hat auch die französische Bourgeoisie thun müssen; das liegt eben in dem jetzt vor sich gehenden Auflösungsprozeß der Gesellschaft. Aber der französischen Gesellschaft ist der Säbel dienlich, und die deutsche Bourgeoisie ist dem Säbel dienlich. Louis Bonaparte, in seiner höchsten Nachfülle, mag

die Bourgeoisie anständig behandeln; in Deutschland muß die Bourgeoisie sich so canaille behandeln lassen. Man vergleiche nur die Behandlung des französischen Corps legislatif mit der, welche dem deutschen Reichstage zu Theil wird. Und nicht einmal die offenbaren Interessen unserer Herren Bourgeois werden geschont, wenn es dem Säbel nicht in den Kram paßt. Auf ein recht augenfälliges Beispiel macht uns ein Correspondent aufmerksam. Derselbe schreibt uns:

Kobespierre sagte einst: „Das Volk will immer das Gute, aber es sieht es nicht immer.“ Auf unsere liberalen Bourgeois, die sich doch auch gern zum „Volk“ rechnen (nach eigenem Anspruch rechnet sich ja auch der „Geniale“ dazu), findet obiger Satz durchaus keine Anwendung; denn weder wollen sie das Gute, noch sehen sie es, und was das Schlimmste ist, sie wollen es nicht sehen. Umnebelt und berauscht von Ereignissen, die ohne ihre Initiative geschehen, ist ihnen überhaupt die Fähigkeit, dieselben zu begreifen, vollständig verloren gegangen. Wie tief die Liberalen im Rammon versunken sind, geht schon daraus hervor, daß sie nicht mehr im Stande sind, ihr eigenes Interesse wahrzunehmen, zu verteidigen und zu befördern, woran ihr wüthender Haß gegen jeden Andersdenkenden zum großen Theil wohl Ursache ist. Thatsachen reden.

Die preussische Regierung, welche noch jüngst in der „Provinzial-Correspondenz“ so urkomisch Volkswirtschaft trieb^{*)}, war es, die unseren vertrauensvollen lieben Bourgeois ein Stückchen gespielt hat, das ihnen wohl schlecht in den konstitutionellen Kram paßt, aber sollte der „große Mund“ des „kleinen Laster“ auch hier wieder Thatsachen wegreiben. Kurzum, wir meinen die am 1. August a. c. so schnell bewilligte 20% Frachttarif-Erhöhung der deutschen Eisenbahnen. Was war wohl die Ursache zu dieser auf alle Konsumenten ungünstig einwirkenden Maßregel? Wollte man Handel und Industrie befördern? Nimmermehr, denn wozu dann die unzähligen Proteste des Handels- und Gewerbestandes. Oder man wollte gewiß den Aktionären unter die Arme greifen, und so in Volkswirtschaft machen? Nicht von alledem — die preussische Regierung, stets eingebildet des „paravo bellum“ (man muß zum Kriege rufen), stellte an die Eisenbahnverwaltungen unter der Hand die Anforderung, das Betriebsmaterial zur schnellen Beförderung von Truppen im Falle eines Krieges zu vermehren. Darauf kam von Seiten der Eisenbahnen ein non possumus (wir können nicht!) als Antwort, welches begründet wurde, durch Bezugnahme auf das Haftpflichtgesetz, die Konkurrenz, höhere Betriebskosten u. Dem Verlangen der preussischen Regierung könne bloß dann Willfahrt werden, wenn zugleich eine Tarif-Erhöhung eintrete; dies sei das einzige Mittel, ihnen das Nachgeben zu ermöglichen.

Wie die Regierung sich über die Interessen der Bourgeoisie hinwegsetzt, und mit welcher „offenartigen Geschwindigkeit“, haben wir inzwischen an der Tarif-Erhöhung gesehen. Daß sie die Interessen der Arbeiter je wahrnehmen wird, kann wohl kein ernst Denkender glauben.

Wir haben das schäbige Mäntelchen, das sich der Liberalismus umgehängt hat, ein wenig gelüftet, um zu zeigen, welchen Cabaver er bedeckt. Und was werden die Liberalen dazu sagen, wenn sie sehen, wie der Krieg suprema lex (oberstes Gesetz) im deutschen Reiche ist? Und wann wird die Stunde des Gerichts kommen, wo ihnen die Anklage ins Gesicht geschleudert wird: Ihr seid die Schuldigen! und was werden sie zu ihrer Verteidigung sagen können?

Gewerkszenoffenschaftliches.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Gotha. Abrechnung. Kassenbestand vom Monat Septbr. 253 Thlr. 21 Gr. 8 Pf. Einnahme: Erfurt 7. 20. 5., Braunschweig 2. 2. 5., Wolfenbüttel 1. 23. —, Dresden 7. 9. —, Gotha 3. 13. 5., Heilbronn 2. 8. —, Leipzig 5. 19. 5., Mügeln 2. 10. —, Aachen 2. 22. 5., Rochlitz II — 22. 5., Mainz 4. 28. —, Heidelberg 1. 7. —, Pforzheim 2. — 3., Hürben-Krumbach 3. 18. 3., Erfurt 7. 25. 5., Lindenau-Plagwitz 1. 10. —, Augsburg 7. 2. —, Mühlhausen i. Th. 1. 12. —, Offenbach 4. 15. —, Arnstadt 2. 7. 5., Speyer a. Rh. 2. 3. 5., Cannstatt 3. 11. 5., Lohr 2. 12. —, Konstanz 1. 20. 5., Wiesbaden 4. 29. —, Siegen 1. 16. —, Weimar 3. 18. —, Frankfurt a. M. 2. 24. —, Bamberg 1. 25. —, Halle a. S. 2. 7. 5., Nürnberg 7. 23. 4., Landsbut 1. 24. —. Protokollgelder gingen herner ein: Braunschweig 1. 15. —, Wolfenbüttel — 15. —, Mügeln — 14. 3., Hürben-Krumbach — 11. —, Erfurt — 17. 5., Siegen — 12. —, Weimar — 5. 5., Eisenach — 12. —. Summa der Einnahme mit Kassenbestand 366 Thlr. 15 Gr. 1 Pf. Ausgabe: „Volkstaat“-Abonnement — 6. 7., für Agitation an Unterzeichnete und Verlag derselben 42. 17. —, Zuschuß nach Siegen 4. —, Unterstützung an Schröder in Stuttgart 4. —, Agitation König in Speyer 1. —, bitte F. Haug in Karlsruhe 1. 4. —, Abzahlung für Drucksachen Leipzig 15. —, Verlag der Verwaltung 5. 3. 4., Gehalt des Vorsitzenden 20. —, des Kassiers 4. —. Summa 67 Thlr. 1 Gr. 1 Pf.

Bilanz: Einnahme mit Kassenbestand 366 Thlr. 15 Gr. 1 Pf., Ausgabe 97 Thlr. 1 Gr. 1 Pf., bleibt Kassenbest. 269 Thlr. 14 Gr. Im Rückstande mit ihren Beiträgen sind: Apolda, Braunschweig (wo bleibt das Formular?), Coburg, Chemnitz, Crimmitschau, Dresden (Sept.), Pottschappel, Eßlingen (ist selbst noch April, Mai und Juni schuldig), Fürth, Ludwigshafen a. Rh., Reiningen, München, Magdeburg, Regensburg, Schweinfurt, Stuttgart, Würzburg (Sept.), Wiesbaden (wo bleibt das Formular?), Wandsbek. Protokollgelder schulden die meisten Mitgliedschaften noch. Wer bis zum 30. November dieselben nicht berichtet hat, wird unachtsamlich veröffentlicht. Möge man dieselben zu jedem Preis verkaufen.

Abrechnung der Krankenkasse. Kassenbestand vom vorigen Quartal 82 Thlr. 14 Gr. 1 Pf. Einnahme: Leipzig 5. 12. 5., Gotha 2. 17. 5., Apolda — 18. —, Würzburg — 11. —, Heidelberg 1. 17. 5., Kaufbeuren — 27. —, Erfurt 7. 9. 5., Wolfenbüttel — 12. 5., Mügeln 1. 9. —, Dresden 6. 4. —, Mainz — 4. —, Hürben-Krumbach — 15. —, Lindenau-Plagwitz — 16. —, Augsburg 2. 14. 5., Offenbach 2. 6. —, Arnstadt 3. 7. 5., Wiesbaden 2. 1. 5., Siegen — 22. —, Weimar 1. 10. —, Nürnberg 2. 22. 4., Erfurt 10. 10. 5., Cannstatt 1. 21. —, Landsbut 1. 20. —, Mühlhausen i. Th. — 18. —, Rochlitz II — 15. 7. Summa der Einnahme mit Kassenbestand 141 Thlr. 3 Gr. 7 Pf. Ausgabe: Landsbut Zuschuß 12. —, Eisenach 5. —, Gotha 24. —, —.

^{*)} Der samose Artikel ist gemeint, in welchem Treitschke! als nationalökonomische Autorität ausgespielt ward!

für Druck der Statuten Abzahlung 35. —, —, Verlag — 11. 5. Summa der Ausgabe 76. 11. 5.

Bilanz: Einnahme mit Kassenbestand 141 Thlr. 3 Gr. 7 Pf., Ausgabe 76 Thlr. 11 Gr. 5 Pf., bleibt in Kasse 64 Thlr. 22 Gr. 2 Pf.

Im Rückstande mit ihren Beiträgen zu der Krankenkasse sind: Braunschweig, Regensburg, Chemnitz, Rochlitz I, Konstanz, Koburg, Eßlingen, Mannheim, Ludwigshafen, Pottschappel, München, Eisenach, Reiningen, Frankfurt a. M., Crimmitschau. Diejenigen Mitgliedschaften, die mit ihren Beiträgen sowohl der Krankenkasse als Krankenkasse gegen die Hauptkasse im Rückstande sind, erhalten weder aus der einen noch der anderen Kasse Zuschuß. Es sollen die Mitglieder selbst auf Pünktlichkeit ihrer Beamten dringen. Kollegen! Die Agitation hat in den beiden letzten Monaten einen bedeutenden Theil der Steuern in Anspruch genommen, dieselbe war jedoch von Vortheil für die Gewerkschaft. Wir werden jetzt alles anstreben, die Hauptkasse der Gewerkschaft wie Krankenkasse zu stärken und zu kräftigen, damit alle gleichen Schritt hält in der Entwicklung unserer Gewerkschaft, und empfehlen wir hierzu die größte Pünktlichkeit und Strenge in Befolgung der Statuten.

Mit Gruß Für die Verwaltung: W. Bod.

Gotha. An die Mitglieder in Mannheim. In seinem letzten Brief vom 29. Oktober theilt uns der derzeitige Bevollmächtigte Ernst Maurer die keineswegs erfreuliche Nachricht mit, daß die Mitgliedschaft anstatt vorwärts rückwärts ginge. Auch ohne diese Mittheilung erfahren wir schon aus den in letzter Zeit eingelangten geringen Beiträgen den Rückschritt, und unsere Rathsmaßungen sind durch den Brief des Bevollmächtigten nur bestätigt worden. Mannheim, vor einem Jahr noch eine der besten Mitgliedschaft, und heute ein solches Resultat? Wo sind alle die Männer und Kollegen, die bei meiner Anwesenheit am 14. September mit freudiger Begeisterung mir das Versprechen gaben, mit aller Energie für Verbreitung und Kräftigung unserer Sache einzutreten? Oder gehört auch in Mannheim das Manneßwort zur leichten Waare? Ferner wird uns mitgetheilt, daß ein Theil der Schuhmacher Mannheims mehr einer Lokalvereinigung zugeneigt sei, als einer centralisirten Gewerkschaft. Ist Niemand am Ort, der die Unzulänglichkeit einer solchen Lokalvereinigung nachzuweisen im Stande wäre? Wir werden in der Nr. 2 unseres Circulars näher darauf eingehen. Vor Allem aber fordern wir, daß in Mannheim mehr für die Gewerkschaft geschieht als bisher. Mannheim, in dessen Mauern noch vor Kurzem der badisch-rheinländische Schuhmachertag stattfand, und wo gelobt wurde, unermüßlich thätig zu sein, Mannheim, ein Hort für die Gewerkschaft in Baden und der Pfalz wird sich doch nicht von jüngeren Mitgliedschaften wie Speyer u. s. w. überflügeln lassen! Die Kollegen in Speyer haben ihre Aufgabe voll und ganz begriffen, und wünschen wir ein Gleiches von Mannheim. Also vorwärts!

Mit Gruß W. Bod.

Metallarbeitergewerkszenoffenschaft.

Braunschweig, 28. Oktober. In der letzten Bekanntmachung wurde irrthümlicher Weise die Adresse des Bevollmächtigten in Konstanz vergessen. Selbige ist: M. Maier, Augustinerstraße 620. Ferner wurden für Hannover F. Zwele, Kirchenstraße 2, zum Bevollmächtigten, Ernst Urban, Lehnstraße 3, im Hinterhause 2 Treppen, Linden vor Hannover, als Vorsitzender der Control-commission gewählt. Für Siegen wurde Carl Emden, Schlosser, Sandgasse bei Schuhmacher Rest zum Bevollmächtigten gewählt. In der neuen Mitgliedschaft Darmstadt wurden Christian Wilhelm, Arheilgenstraße 37, als Bevollmächtigter, Johannes Bohn, Louisenstraße 32, als Kassirer, Heudorf, Sauerwein und Klein als Controlreue gewählt. — Da der bisherige Hauptkassirer H. Corting sein Amt freiwillig niederlegte, so wurde an Stelle desselben L. Meier, Schoppenstedter Straße 16, gewählt, und tritt selbiger sein Amt als Hauptkassirer mit dem 1. November an. — Der frühere Bevollmächtigte K. H. in Eßlingen wurde von der dortigen Mitgliedschaft wegen Vergehens gegen §§ 5 u. 6 unseres Gewerkschafts-Statuts aus der Gewerkschaft ausgestoßen und dieser Beschluß dem Ausschuß mit der nöthigen Motivierung unterbreitet. Nachdem nun der Ausschuß diese Angelegenheit einer genaueren Prüfung unterzogen, wurde die Ausstoßung Rechts in der am 27. d. M. stattgehabten Ausschusssitzung als rechtskräftig anerkannt, und wird dieser Beschluß hiermit sämmtlichen Mitgliedschaften zur Kenntniß gebracht.

Nachmals machen wir die Mitgliedschaften, welche mit ihren Abrechnungen für die Monate August und September noch im Rückstande sind, darauf aufmerksam, selbige sofort einzusenden, damit der Ausschuß im Stande ist, die vierteljährliche Abrechnung an die Mitgliedschaften zu versenden.

Für die Vororts-Verwaltung:

E. G. Müller, Leopoldstraße 20a.

NB. Da uns von auswärtig schon mehrfach Fabrikordnungen zugegangen, ersuchen wir die Gewerkszenoffen, um Porto zu ersparen, dieselben direkt an die Redaktion des „Volkstaat“, Hohestraße 4, Leipzig, zu senden. D. D.

Gewerkschaft der Maler, Lackirer und Vergolder.

Braunschweig, 1. November. Es sind dem Geschäftsführer des Ausschusses, Rosenkranz, von verschiedenen Seiten Beschwerden zugegangen in Betreff des Kongreßprotokolls, in welchen er direkt beschuldigt wird, die Fertigstellung des Druckes des Protokolls zu weit hinauszugeschoben zu haben. Von dieser Schuld ist Rosenkranz vollständig freizusprechen; die Schuld liegt einzig in der Schwierigkeit der Zusammenstellung des Protokolls, was die Delegirten wohl selbst wissen werden. Ferner wurde das Erscheinen des Protokolls verzögert durch die langsame Zufendung des statistischen Materials, welches laut Beschluß des Kongreßes in das Protokoll mit aufgenommen werden sollte. Ebenso hat die Rücksicht auf eine möglichst billige Herstellung des Protokolls auf das Erscheinen desselben Einfluß gehabt. Jedoch werden in den nächsten Tagen sämmtlichen Städten, welche auf dem Kongreß vertreten waren, die betreffenden Sachen zugesandt werden, und bitte ich, solches zur Noth zu nehmen. Ferner sind Schritte gethan, daß der Ausschuß im Laufe des November nach Hamburg verlegt werden kann. Darum, Freunde und Kollegen, fest an's Werk, werdet nicht lässig, trotz der Krisis, welche jetzt herrscht, und stehen wir Alle für Einen und Einer für Alle!

Mit collegialischem Gruß!

Im Namen des Ausschusses:

Carl Berg, Hauptkassirer, Damm 18.

Correspondenzen.

Großenhain. Wie bereits im „Volkstaat“ mitgetheilt wurde, haben die hiesigen vereinigten Fabrikanten mit ihrer Drohung, sämmtliche Fabriken zu schließen, wenn die Arbeiter bei den mechanischen Webstühlen in den Fabriken der Herren Tzschulte und Otto sowie der Gebr. Raundorf auf ihren Forderungen bestehen

sollten, insoweit Ernst gemacht, als bereits in fast allen hiesigen Tzschulte-Fabriken am 24. Oktober den Arbeitern angekündigt wurde, daß bis zum 30. Oktober die Schließung sämmtlicher Fabriken erfolgen würde^{*)}. Wir hielten insfolgedessen am 24. Oktober eine freie Arbeiterversammlung ab mit der Tagesordnung: „Die Aussperrung der Arbeiter aus den hiesigen Tzschulte-Fabriken“. Schon vor Beginn der Versammlung hatten sich die Arbeiter so zahlreich eingefunden, daß der Saal nicht alle fassen konnte und die Reihen wieder umkehren mußten. Nachdem E. Geier die Versammlung eröffnet hatte, wurde derselbe zum Vorsitzenden, H. Schmidt zum Stellvertreter und Unterzeichneter zum Schriftführer gewählt. Es ergriff nun zunächst H. Schmidt das Wort. Nachdem er die bereits im „Volkstaat“ veröffentlichte Bekanntmachung des Fabrikantenvereins verlesen, wies er schlagend nach, daß der Inhalt derselben insofern der Wahrheit nicht entspreche, als die Lohnminderung dadurch entstanden sei, daß Tzschulte seinen Webern einen Lohnabzug belannt gemacht habe. Die Arbeiter konnten darauf nicht eingehen, weil sie bei dem bis jetzt gezahlten Lohn kaum ihre Existenz fristen konnten und bei einer Lohnreduktion dem Hunger preisgegeben wären. Was den Ruin der hiesigen Wollwaren-Industrie durch die Forderungen der Arbeiter anbelangt, so ist diese Annahme insofern lächerlich, als bereits in allen hiesigen Tzschulte-Fabriken der von den Webern bei Raundorf sowie bei Tzschulte und Otto verlangte Lohn bezahlt wird. Die Fabrikanten jammeren stets, daß sie zu Grunde gehen müßten, und doch werden sie reich. Hierauf nahm das Wort A. Behr, um über die letzten Vorgänge in der Fabrik der Gebr. Raundorf zu sprechen. Es sei charakteristisch, daß die Plakate zuerst in den Fabriken von Raundorf und Tzschulte angeschlagen wurden, wo es doch gar nicht nöthig war, da die dortigen Weber bereits gekündigt hatten. Man sieht hier ganz deutlich, daß es den Fabrikanten hauptsächlich um einen Schreckschuß zu thun war. So wurden im Laufe der letzten Woche verschiedene Schreckmittel in Anwendung gebracht. So z. B. soll unser Kollege Zocher die Plakate des Fabrikantenvereins abgerissen haben, welcher, wie uns mitgetheilt wurde, sofort durch den Biecmester Hauke denunziert ward. Zocher wurde von Raundorf wegen Eigenthumsverletzung verklagt und zu drei Tagen Arrest verurtheilt. Um nun diese Strafe abzuwenden, ersuchte er den Direktor, ihn schon jetzt zu entlassen. Derselbe hatte nichts dagegen und unser Kollege erhielt sein Zeugniß, aber einen sogenannten weißen Zettel. (Es ist nämlich zu bemerken, daß die hiesigen Fabrikanten zweierlei Arbeitszeugnisse führen. Dieselben sind entweder von rothem Papier und gedruckt, dieses sind die sogenannten „guten“, mit welchem man überall Arbeit bekommt, während man mit den geschriebenen „weißen“ so gut wie gemäßig ist und bei den Mitgliedern des hiesigen Fabrikantenvereins keine Arbeit erhält.)

Unser Kollege war also so gut wie gemäßig. Als die Herren von einem Arbeiter darüber zu Rede gestellt wurden, antwortete man demselben, er sei auch Einer von den Aufwiegleren, und man entließ ihn sofort aus der Arbeit, trotzdem die Kündigungsfrist noch ungefähr vier Tage währte, ebenfalls mit einem weißen Zettel. Der Arbeiter glaubte, daß der Fabrikant kein Recht zu dieser Maßregel habe und machte deshalb beim hiesigen Amtsgericht Anzeige davon, welches ihn aber abwies. Die Sache wurde einem Rechtsanwalt übergeben und wir hoffen, daß bald zu Gunsten unseres Kollegen entschieden wird. Zum Schluß erwähnte der Redner noch, wie Herr Raundorf sich um ihn bemüht hat, indem er ihn schon Sonnabend Mittag gezwungen habe, die Fabrik zu verlassen.

Nachdem noch Geier und Schmidt die Versammelten aufgefordert hatten, auszubarren und der Gewerkszenoffenschaft der Mannufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beizutreten, wurde von Behr folgende Resolution der Versammlung zur Beschlußfassung vorgelegt: 1) Die Arbeiter bei den mechanischen Webstühlen in den Fabriken der Herren Gebr. Raundorf sowie der Herren Tzschulte und Otto beharren auf ihren gerechten Forderungen. 2) Die jetzt bestehenden Strite-Comités werden aufgelöst. 3) Es wird ein Comité gewählt von sämmtlichen Arbeitern der hiesigen Tzschulte-Fabriken und zwar aus jeder Fabrik ein Mann, welches die Interessen der Gesamtheit zu vertreten hat. 4) Wenn die hiesigen Schafwollwaren-Industriellen binnen acht Tagen die Forderungen genannter zwei Fabriken nicht berücksichtigen, so sind die unverheiratheten Arbeiter entschlossen auszuwandern, um ihren Kollegen den Sieg zu erleichtern. Diese Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Braunschweig. Der hiesige „Volkfreund“ enthält folgende Warnung an die Eisenbahn-Arbeiter! Der „Magdeburgischen Zeitung“ wird aus Braunschweig geschrieben:

„Auf hiesigem Bahnhof, überhaupt an den Bahnen, sind eine große Anzahl Leute beschäftigt, ohne daß dieselben angestellt wären; sie können nach zuvoriger Kündigung entlassen werden, erhalten indeß, wenn sie Invalide geworden, eine kleine Beihilfe, quasi Pension, die monatlich bis auf 5 Thlr. steigen kann. Den betreffenden Arbeitern kommt es hauptsächlich auf sicheres Brot an; sie begnügen sich deshalb mit einem geringeren Verdienst, obwohl sie an anderen Stellen ihre Arbeitskraft besser verwerthen können. Da nun aber die Aussicht für ihren Lebensabend nichts weniger als glänzend ist, so haben dem Vernehmen nach Besprechungen stattgefunden, in denen die Frage erwogen wurde, ob die ihnen event. in späteren Jahren zufallende Pension nicht um ein Wesentliches erhöht werden könne. Es wurde auch, wie wir hören, in diesem Sinne eine Deputation bei der Bahndirektion vorstellig, welche letztere die Angelegenheit in Beratung zog. Die Direktion, der es auch daran liegen muß, zuverlässige Arbeiter zu fesseln, soll nicht abgeneigt sein, den Wünschen der Pensionen in der Weise zu entsprechen, daß sie die betreffenden Pensionen so ziemlich um das Doppelte erhöhen will, falls auch die Arbeiter die Beiträge für die betreffende Kasse erhöhen wollen. Die Direktion hat sich vorerst versichern wollen, wie viele Arbeiter auf die gemachten Vorschläge eingehen würden, und hat Circularre zur Unterschrift cursiren lassen. Die Unterschriften sollen, da die gebotenen Vorteile ungleich größer sind, als die geforderte Erhöhung der Beiträge, sehr zahlreich erfolgt sein, und es dürfte nunmehr wohl kaum mehr daran zu zweifeln sein, daß die Angelegenheit zu einem für die Arbeiter segensreichen Ausgange geführt wird.“

„An die Arbeiter tritt die Forderung der Alters-Versorgung heran und bewegt sie, wie hier anerkannt wird, um einen viel geringeren Lohn zu arbeiten, als sie anderwärts zu erwarten haben. Je älter der Arbeiter wird, desto mehr sagt er sich selbst in das Unangenehme, das ihm geboten wird, denn — er denkt an die Zeit, wo er nicht mehr wird arbeiten können. Er ist so immer am Schlußenden gehalten und schließlich erweist sich dann noch die Hoffnung, die ihn lockte, als eine trügerische. Wer bürgt ihm dafür,

^{*)} Bis zur Stunde ist die Aussperrung nicht erfolgt; da aber die Verhandlungen noch nicht zu einem definitiven Resultat geführt haben, glauben wir die Correspondenz nicht zurückstellen zu dürfen. R. d. S.

daß er nicht, wenn er zwanzig oder dreißig Jahre lang für den billigeren Lohn gearbeitet und die Beiträge, welche jetzt noch erhöht werden sollen, gezahlt hat, entlassen oder wie der modernste Ausdruck heißt, „ausgemergelt“ wird? Ja, wenn eine Bürgerschaft vorhanden wäre, daß Arbeiter nicht ohne Weiteres entlassen werden können, und daß die Kassen, zu welchen die Arbeiter ihr sauer verdientes Geld zahlen, von den Arbeitern selbst verwaltet werden, dann wäre es ein Anderes.

Heute aber, und noch dazu bei den Erfahrungen, welche die Eisenbahnarbeiter gemacht haben, würden sie eine mehr als polizei-widrige Thorheit begehen, wenn sie durch derartige Forderungen sich fangen ließen. Die Arbeiter haben mit der Eisenbahnverwaltung einen andern Contract abzuschließen, als einen solchen, der sich auf Lohn, Arbeitszeit und Dauer des Contractes bezieht. Sie haben den Kampf aber dahin zu führen, daß sie ihre Kassen in ihre eigenen Hände bekommen oder, wenn nicht anders, der Pflicht überhoben werden, in dieselben zu steuern. Im letzten Fall würden die Arbeiter sich ihre eigenen Kassen bilden und sich gewiß nicht schlechter dabei stehen, vor Allem aber des Gefühls überhoben sein, die Unterstützung mit ihrem eigenen Gelde als eine Art Gnaden-gatt zu betrachten.

Magdeburg, 21. Oktbr. (Agitationsbericht.) Am 4. Juli d. J. hielt ich in Königsau eine Volksversammlung ab, die zum ersten Male, statt von der üblichen Gensdarmarie, von dem neuernannten Amtsvorsteher Braune zu Winnungen und dem Königsauer Orts-schulzen überwacht wurde. Als ich ungefähr dreiviertel Stunden gesprochen hatte, erhob sich der Amtsvorsteher und erklärte, „im Namen des Gesetzes“ die Versammlung für aufgelöst. Der Amtsvorsteher Braune, der während meines Vortrags schon ein höchst verdägliches Gesicht machte, hatte in seinem Leben noch keine politische Versammlung überwacht, vielleicht auch noch keiner beigewohnt, und so mochte, als ich die Thätigkeit des Reichstagsabgeordneten Dieze kritisierte, ihm dies ein Verbrechen dünken. Obgleich mir schon eine hübsche Zahl von Versammlungen aufgelöst worden, so war ich doch einigermaßen überrascht, da ich nicht im Geringsten Anlaß zur Auflösung der Versammlung gegeben hatte. Ebenso ging es den anwesenden Arbeitern und Bauern, die durchaus nicht begreifen konnten, was dies bedeuten sollte, und in Folge dessen ruhig auf ihren Plätzen blieben. Erst als ich den Anwesenden auseinanderlegte, was dies zu bedeuten, entfernten sich dieselben unter großer Entrüstung, und konnte ich nicht das Geringste dafür, daß die im Gastzimmer, auf der Treppe, auf dem Flur und in dem Hause befindlichen den Amtsvorsteher bei seinem Wegzuge thätig ausspitzten, und demselben bei seiner Abfahrt in derselben Weise noch eine Strecke das Geleit gaben. Im Gastzimmer unterhielt ich mich noch lange Zeit mit den Arbeitern und sie nahmen mir das Versprechen ab, bald wieder zu kommen. Wir versammelten den 12. Juli zur Versammlung. Ich übernahm die Anmeldung und sandte dieselbe rechtzeitig ab mit dem Ersuchen, die Bescheinigung an den Besitzer des Versammlungsortes zu senden.

Der 12. Juli kam. An demselben Tage sand auch zu Quedlin-burg eine der beliebtesten Thierquälereien, ein Preis-Wettrennen, statt. Als ich mich in Königsau nach der Bescheinigung erkundigte, wurde mir bei Ueberreichung derselben mitgeteilt, daß der Polizeiverwalter soeben hier durchgefahren sei, um dem Wettrennen bei-zuwohnen und in Folge dessen nicht komme. Das war mir nicht lieb, denn ich hatte beabsichtigt, Unterricht über das Vereins- und Versammlungsgesetz zu geben, und bedauerte herzlich, daß der Ober-amtmann in und zu Winnungen davon nicht ebenfalls Etwas pro-fizieren könne.

Die Bescheinigung wurde entseigt, und in schön geschriebenen Buchstaben grüßte mir entgegen, — daß die Genehmigung zur Abhaltung einer Volksversammlung für Sonntag, den 12. Juli d. J. nicht erteilt werden könne, da an diesem Tage keine politischen Organe zur Ueberwachung derselben zur Verfügung stehen. Hilf Himmel! Ich befand mich doch im Reiche der Stieber und Tessen-dorfe — und Mangel an Polizei? Das ist doch unerhört! Ich befand mich bisher in der Täuschung, daß bloß Tausende von Schullehrern fehlen, aber nun sollte sogar Mangel an Polizei vor-handen sein! Ei, ei! beinahe hätte ich diejenigen, die behaupteten, daß Preußen ein Militär- und Polizeistaat sei, für Ver-lämder gehalten, denn wenn zu einer Versammlung Polizei fehlt, muß doch der Mangel ein großer sein. Doch bald war meine Verwunderung vorbei, war ja doch in Quedlinburg Wettrennen, und offenbar existierte für den Oberamtman Braune der § 4 des preuß. Vereins- und Versammlungsgesetzes nicht, wonach die Dis-ziplinarbehörde befugt ist, einen oder zwei Polizeibeamte, oder eine oder zwei andere Personen als Abgeordnete zu senden u. Warum soll nicht ein Wettrennen für einen Polizeibeamten mehr Interesse bieten, als eine sozial-demokratische Volksversammlung? Doch was ging mich das an, fehlte es dem Oberamtman an Polizei, so konnte er sich ja an meinen Landsmann Stromer wenden, der hätte ihm aus alter Freundschaft, die er für uns hegt, vielleicht welche abgegeben.

Um 4 Uhr Nachmittags sollte die Versammlung beginnen, Zu-hörer fanden sich genug ein, und so mir nichts dir nichts die Leute wieder zu Hause schicken, das ging auch nicht. Ich theilte also den Anwesenden mit, welchen Geniestreich ihr Amtsvorsteher aus-geübt, versprach darüber Beschwerde zu führen, und forderte Alle auf, für den 19. Juli wieder zu kommen und noch viele Freunde mitzubringen, ich würde dann meinen Vortrag zu Ende führen und in der Zeit vom 12.—19. Juli Maßregeln treffen, um der Willkür eines Polizeibeamten zu begegnen.

Zu Hause angelangt, arbeitete ich eine Beschwerdeschrift an den Kreisaußschuß des Altkreislebens Kreises aus und sandte dem Polizeiverwalter in Winnungen eine neue Anmeldung zu mit der Erklärung, daß ich mir seine Extravaganzen in Zukunft verbitte, daß er sich mit dem Studium der Gesetze beschäftigen möge und daß ich über ihn Beschwerde geführt habe.

Der Polizeiverwalter gerühte nun auch für den 19. Juli die Versammlung „von Amtswegen“ zu „genehmigen“. Statt aber selbst zu kommen, erblühte ich die wohlbekannten Gesichter zweier Gensdarmarie-Wachtmeister, von denen der eine zwei, der andere drei Stunden weit herkam, was bei der damals herrschenden glän-zenden Sonnenhitze keine angenehme Fußreise war. Einer warnte mich aus alter Freundschaft, mich in Acht zu nehmen, sie hätten Befehl mich sofort zu verhaften, falls ich zu sehr ins Zeug ginge, und möchte ich ihnen diese Arbeit ersparen.

Die Versammlung wurde von mir eröffnet, und die Wahl des Bureaus vorgenommen. Darnach ergriß ich das Wort, geistelte unter großer Heiterkeit des Publikums das Verfahren des Amts-vorsteher und hielt meinen 14 Tage vorher unterbrochenen Vor-trag zu Ende, ohne daß sich die beiden Wachtmeister, die schon viele Versammlungen überwacht und weit mehr politische Bildung besaßen als der Unschlabe in Winnungen, sich veranlaßt sahen, die Versammlung aufzulösen oder mich zu verhaften.

Kurz darauf erhielt ich vom Kreisaußschuß Antwort auf meine Beschwerde, worin es hieß, daß der erste Beschwerdepunkt, die Auf-

lösung der Versammlung, nicht vor sein Forum gehörte. Das mußte ich zwar auch, doch hielt ich dieses für zu nebensächlich, um bei der Staatsanwaltschaft noch extra Beschwerde zu führen, da mir vom Kreisaußschuß noch mitgeteilt wurde, daß diese Sache bereits bei der Kgl. Staatsanwaltschaft schwebte.

Den zweiten Punkt anlangend, so hätte es zur Abhaltung einer Volksversammlung der Genehmigung nicht bedurft, da hätte vielmehr nach dem Gesetz vom 11. März 1850, Vereins- und Ver-sammlungsgesetz betreffend, die rechtzeitige Anmeldung bei der Dis-ziplinarbehörde genügt. Gleichzeitig wurde mir überlassen, falls mich diese Entscheidung nicht beruhige, auf mündliche Verhandlung anzutragen.

Letzteres geschah auch, indem ich am 26. August einen dies-bezüglichen Antrag stellte und solchen dadurch begründete, daß aller-dings nach § 12 des Vereins- und Versammlungsgesetzes dem Unternehmer, Vorsteher, Ordner, Leiter oder Redner und Den-jemigen, der den Platz dazu eingeräumt hat, nur dann Strafe trifft, wenn eine Versammlung ohne die im § 1 vorgeschriebene Anzeige stattgefunden hat, daß aber nach § 5 desselben Gesetzes sofort jede Versammlung aufgelöst werden kann, bezüglich deren die Bescheinigung (§§ 1 und 3) nicht vorgelegt werden kann u.; daß, wenn ich mich bei einer event. Auflösung nicht entfernen, son-dern mich auf § 12 stützen wollte, mich sehr leicht die im § 15 vorgeschriebene Strafe von 1—15 Thlr. oder Gefängnißstrafe von 8 Tagen bis zu 3 Monaten treffen könnte. So weit ich die Ge-setze kenne, müßte dies bei einem Beamten der Fall sein, der mit der Ausübung derselben betraut sei, und sei ich leinedweges ge-willt, die Sache auf sich beruhen zu lassen.

Kaum war mein Antrag in Quedlinburg, als von der dor-tigen Staatsanwaltschaft beim hiesigen Stadt- und Kreisgericht beantragt wurde, Untersuchung gegen mich einzuleiten, da ich am 4. Juli in einer Volksversammlung zu Königsau in einer Haß und Verachtung erregender Weise gesprochen, das Abgeordneten-haus beschimpft, Staatseinrichtungen geschmäht und dem Haß und der Verachtung preisgegeben hätte, und sehe sich die Kgl. Staats-anwaltschaft veranlaßt, auf Grund der §§ 130 u. 131 mich in Anklagezustand zu versetzen. Dies erfuhr ich am 11. September von dem Untersuchungsrichter, der mir die gegen mich erhobene Anklage mit ihren Motiven vorlas. Wahr ist es, hätte ich in jener Volksversammlung so gesprochen, wie die Denunciation Braune's es angegeben, so könnte ich mich auf freies Winter-quartier gefast machen. Doch zurück zu unserm Bescheid.

Am 10. Oktober wurde mir vom Kreisaußschuß mitgeteilt, daß die Entscheidung über die Angelegenheit (Antrag auf münd-liche Verhandlung in meiner Beschwerdesache) wider den Amts-vorsteher Braune im Disciplinarwege zu erfolgen habe, und sei meine Eingabe vom 28. August d. J. zur ressortmäßigen Verfügung an das Kgl. Landrathsamt zu Quedlinburg abgegeben, von welchem ich weiteren Bescheid zu gewärtigen habe.

Schon am 19. Oktober erhielt ich Nachricht vom Kgl. Landrath, die ich hier in ihrem Wortlaut folgen lasse:

„An den Handelsmann Herrn Philipp Wiemer zu Magdeburg, Kleine steinerne Tischstraße Nr. 6.“

Quedlinburg, den 15. Oktober 1874.

Auf Ihre an mich zur Verfügung gelangte weitere Beschwerde vom 28. August cr. über den Amtsvorsteher Braune zu Win-nungen wegen Verletzung der Erlaubniß zur Abhaltung einer Volksversammlung zu Königsau am Sonntag den 12. Juli cr., erwidere ich Ihnen, daß ich die Beschwerde an sich für begründet erachte, und würde ich das Verhalten des Amtsvorstehers in geeigneter Weise gerügt haben, wenn derselbe inzwischen nicht verstorben wäre. Der Kgl. Landrath: Stielow.“

Also gestorben! Nun, Gott habe Dich selig! Dein Eifer für staatsretterische Ideen ist auf immer erkalte. Doch soll man von Todten nur Gutes reden; da ich aber davon über den Amtsvor-stehers Braune nichts weiß, will ich lieber schweigen.

Mit sozial-demokratischem Gruße
Philipp Wiemer.

Reichenbach i. F. In Nr. 118 des „Volksstaat“ findet sich aus Crimmitschau die Mittheilung von dem Erfolg, welcher durch den Aufruf „Jeder muß Bürger werden“ erzielt worden sei, und am Schluß desselben die Aufforderung: Meraner, Glauchauer, Werbauer, Reichenbacher, wie steht's bei Euch? Wenn Reichen-bach über einen ähnlichen oder auch nur annähernden Erfolg in dieser Beziehung nicht berichten kann, so waren uns einestheils nicht die Mittel zur Agitation geboten, andertheils sind auch die örtlichen Verhältnisse keine so günstigen, wie in Crimmitschau. Die Parteigenossen von Reichenbach haben schon längst die Agitation auf diesem Felde begonnen; allein, da sie kein Organ besitzen, so konnte ihr Wirkungskreis nur ein sehr beschränkter sein, und dies um so mehr, weil alle diejenigen, welche in den Fabriken arbeiten, nur sehr schwer zu bewegen waren, das Bürgerrecht zu gewinnen, weil sie außer den Unkosten, welche in Reichenbach 3 Thlr. 10 Ngr. betragen, auch mehrmals ihre Arbeit hätten verlassen müssen, was in zweifacher Beziehung viel sagen will. Zu dem kommt noch, daß ihnen vom Stadtrath Hindernisse in den Weg gelegt wurden, und wenn auch dieselben vielleicht nicht erheblich gewesen sein mögen, so sind doch Umstände dadurch hervorgerufen worden, die diesen und Jenen vollends abgeschreckt haben, und außer solchen Personen dürften es nur Wenige sein, welche zur Erwerbung des Bürgerrechtes wären geeignet gewesen. Der Hauptgrund, warum es nicht möglich war, hier einen Erfolg zu erzielen, ist die außerordentlich große Gleichgültigkeit in Kommune-Angelegenheiten, besonders bei den arbeitenden Klassen, welche wohl darin ihren Grund haben mag, daß sie zu wenig Gelegenheit haben, sich über dieselben unterrichten zu können. Zwar werden die Verhandlungen der Stadtverordneten veröffentlicht, aber es geschieht dies in einer so trockenen Weise, daß wohl das Resultat zu ersehen, aber nicht die Gründe, welche dazu geführt haben. Und diese Gleich-gültigkeit war trotz alles Mühe nicht zu überwinden. Und so kam es, daß kaum die Hälfte der Stimmen bei Gemeindevahlen abgegeben wurden. In Folge dessen haben die hiesigen Partei-genossen beschlossen, vor der Hand und bis auf Weiteres die Sache ihren Gang gehen zu lassen. Wahrscheinlich werden diese Gleich-gültigen, sowie alle Anderen die Folgen bald spüren und wird es ihnen wohl auf die Nägel brennen, wenn die Kommune-Bedürfnisse täglich stärker werden, und diejenigen, welche zeither die Lasten hauptsächlich auf die Reichern zu wälzen gesucht haben, die bis dahin sich sehr gut geföhlt hatten, aus dem Stadtverordneten-Collegium ausscheiden. Dann dürfte wohl das Sprichwort wahr werden: Wer nicht hört, mag fühlen.

Briefkasten

Quittung

der Expedition. B. Böhme Crefeld Schr. 2 Ithr. 2 5. Cunn Spanden Schr. 25 gr. 3. Hbs Lyriq Schr. 24 gr. 5. Eschre Halle Schr. 10 gr. JdL Rev-Jerk Schr. 14 gr. Hrg hier Ab. 16 gr. 5. Kregshmar Dortmund Schr. 1 Ithr. 15. 5. Wer hier Ab. 16 gr. 5. Brtm Gotha Schr. 3 Ithr. 24. Sfmnn Solingen Schr. 6 gr. Rhr

Freiburg Schr. 28 gr. G. Gurchs Köln Ann. 1 Ithr. 2 5. Ab. 15 Ithr. Pim Siegburg Schr. 21 gr. Arb.-Bild.-Ver. Steye Ab. R.-J. Arzbjg. 1 Ithr. 4. Jhrnl Viehfeld Schr. 20 gr. Arbeiter-Verein Bern Schr. 1 Ithr. 7 5. Inghl Reimsdorf 15 gr. Brühl Janowich Ab. 2 Ithr. 25. Mhr Bari Schr. 2 Ithr. 15. Mhr hier Schr. 20 gr. 2. Rl Weisen-beim Ab. 16 gr. Smu hier Ab. 5 gr. 5. Wghm hier Ab. 5 gr. 5. Schls Stadendorf Schr. 13 gr. A. Prst hier Schr. 2 Ithr. 27.

Genossenschaftsbuchdruckerei.

Antheilscheine bez. Antheilsquittungen ertheilen ferner: In Leipzig S. U. 1 Ithr. 15 gr.

Für die Wahl im 14. sächs. Wahlkreis.

Von S. in Reudnitz 10 gr., v. Schmbt hier 5 gr., gef. in einer Buch-druckerei 1 Ithr. 5., Arbeiterverein Markranstädt 1 Ithr., v. Hallger hier 20 Ithr., gef. in einer Rotendruckeri d. Nr. 17 gr., Metallarb.-Gen. hier 3 Ithr., Kregshmar Dortmund 25 gr. 1.

Anzeigen u.

Die rechts in [] angegebene Ziffer ist der Preis der betreffenden Annonce.

Breslau Sonntag, den 8. November, Abends von 6 Uhr ab:

Gesellige Zusammenkunft mit Damen

im Saale des Hotels zur „Nova“, Grünbaumstraße, 1 Treppe links. Um zahlreiche Theilnahme ersucht Der Vorstand. [15]

Cöln Sonntag, den 8. November, Abends 8 Uhr:

Großer Fest-Ball der Tischlergesellen

im alten Rathhaus, an der Schürzengasse. Entrée gegen Vorzeigung der Karte 7 1/2 Sgr. (Koffenpreis erhöht). Alle Gesinnungsgenossen sind freundlich eingeladen. — Karten sind zu haben bei C. Dreuer, Eigelstein 25. Das Comité. [17 1/2]

Gohlis Montag, 9. Novbr., Abends 7 1/2 Uhr: Versammlung im Bierstübel (Ruhig).

— L.-D.: 1) Bericht über die letzte öffentliche Gemeinderathssitzung. Ref.: Hensel. 2) Sollen wir uns an der Erziehung für den Gemeinderath theilnehmen? Ref.: Feukert. 3) Aufstellung einer Candidatenliste. Jeder Einwohner, der Interesse an den Gemeindegangelegenheiten hat, ist willkommen. D. B. NB. Sonntag, 8. Nov., Nachm. 3 Uhr: Sitzung des Vorstandes bei Paagisch. Das Erscheinen Aller ist nöthig! [10]

Hannover Montag, den 9. Novbr.: Öffentliche Mitglieder-versammlung im Lokale der Herrn Bartling, Knochenhauerstraße 59.

Tagesordnung: 1) Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisa-tion. 2) Verschiedenes. NB. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes am Plage zu sein. Im Auftrage: Der Bevollmächtigte. [7]

Hamburg Diejenigen, welche begründete Mittheilungen über

durch Impfen entstandenes Unglück zu machen haben, fordern wir auf, dieselben an die Adresse des Herrn Dr. med. Lafaurie, Graskeller 5, gelangen zu lassen. Der Vorstand des Hamburger Anti-Impfvereins. [15]

Leipzig Arbeiter-Bildungs-Verein.

Am Sonnabend, den 7. Nov., findet das diesjährige Herbstfest, bestehend in Concert, Gesang (von den Sängern des Vereins) Fest-rede und Ball in der „Tonhalle“ statt. Anfang 7 Uhr Abends. (3c) Der Vorstand. [17 1/2]

Leipzig Sonntag, den 8. November, Vormittag punkt 10 Uhr

im Lokale des Herrn Zeidler, gr. Windmühlenstraße 7. Allgemeine Versammlung sämmtlicher Sattler und Berufs-genossen. Tagesordnung: Zweck und Nutzen unserer Gewerkschaftsorganisation. Referent: Herr C. Henke aus Berlin. Die Collegen werden dringend ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Im Auftrage des Vorstandes: Fr. Roach. [8]

Leipzig u. Umgegend Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Montag, den 9. d. M.: Versammlung bei Fröblich, Nikolaistraße Nr. 38. — Tagesordnung: 1) Vortrag über die Entstehung der Ge-werkschaften. 2) Gewerkschaftslehre. Die Referenten werden ersucht, ihren Pflichten nachzukommen. Nr. 246, 241, 245, 248, 254. [15]

Rowawek Sonnabend, den 7. November, Abends punkt 8 Uhr

Versammlung bei Müller, Lindenstr. 31. — Tagesordnung: Vortrag über Zweck und Ziele der Gewerkschaften. — Fragelasten und Allgemeines. Gäste sind willkommen. Der Vorstand: A. Reumann. [15]

Den Parteigenossen von Wandbeck und Umgegend zur Nachricht, daß ich alle Parteischriften auf Lager halte. B. Bredemyer, Langgasse 47, Wandbeck. [7 1/2]

Bur Beachtung!

An alle Orte, wo Vertrauensmänner sich befinden, werden die Co-burger Congressprotokolle 1874 vom Ausschuß verfanbt und sind Reklamationen, falls Zustellungen nicht eintreffen, zu erheben, während einzelne Exemplare des Protokolls nur durch uns zu beziehen sind. Leipzig. Die Expedition des „Volksstaat“. Herr August Gisin, Schriftfeger aus Reitbach in Baden, wird ersucht, mir sofort seine Adresse zuzusenden. R. Jäger, Marktstraße 29 p. München. [15]

Warnung.

Unsere Parteigenossen, vor allem in der Schweiz, werden hiermit von einem Herrn P. J. Mandelstamm aus Russisch-Polen, frühere stud. polittech. in Leipzig dann in München Zeitungsreporter, gewarnt.

Volksstaatkalender für 1875.

Derselbe enthält außer dem bekannten Kalendarium (dem diesmal auch der katholische Kalender beigelegt ist), ein Verzeichniß der Messen und Märkte Deutschlands. Literarischer Inhalt:

Die Hanauer Turner im babilch-rheinpfälzischen Kufflande 1849 nach den Papieren ihres Corpsadjutanten, des verstorbenen Albert Dammerow. Von dem noch lebenden Sigismund Borheim. Batterieführer in der babilch-rheinpfälzischen Rebellenaarmee; Kothe Oshern-historisches Gemälde aus dem Bauernkrieg, von Robert Schöweicher. Wo liegt die Rettung? Aus dem Tagebuch eines Sozialisten, von Otto Walker. Zur Grund und Bodenfrage. Verschiedenes. Preis 3 1/2 Gr. gegen bar.

Bestellungen hierauf an die Buchhandlung des „Volksstaat“ zu adressieren.

Ferner ist eine kleine Partie Volksstaatkalender für 1874

in Folge Remissionen noch auf Lager. Preis pro Exemplar 2 1/2 Gr. Leipzig. Die Buchhandlung des „Volksstaat“.

Verantwortlicher Redakteur: R. Pfeiffer (Lindeman). Redaktion Hofstr. 4, Expedition Zeilstr. 44, in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.